

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 38 (1946)
Heft: 9

Artikel: Die gefährdete Freiheit
Autor: Coudenberg, H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353255>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die gefährdete Freiheit.

Von Dr. H. Coudenberg.

I. Einleitung.

Schweizer Verlage haben im vergangenen Jahr zwei Bücher herausgebracht, die mehr als eine gewöhnliche Rezension verdienen. Sie enthalten nämlich so wichtige grundsätzliche Beiträge zu den ideologischen Hauptproblemen der Gegenwart, dass eine ausführliche Behandlung und Stellungnahme am Platze ist.

Beide Werke beschäftigen sich mit dem gleichen Thema: die Gefährdung der Freiheit durch die gegenwärtig vorherrschenden Entwicklungstendenzen in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Beide Autoren vertreten dabei einen Standpunkt, den man insofern pessimistisch nennen könnte, als er dem seit mehreren Generationen herrschenden Glauben an den historisch-notwendigen Fortschritt der freiheitlichen Institutionen widerspricht; sie kommen zu der Schlussfolgerung, dass unsere Zeit von Strömungen beherrscht wird, die das Reich der Freiheit immer weiter einzuengen drohen.

Diese Uebereinstimmung ist um so bemerkenswerter, als die beiden Werke in jeder sonstigen Hinsicht aus grundverschiedenen Geistesrichtungen kommen.

Das eine Buch* stammt von dem Franzosen Bertrand de Jouvenel, also vom Nachkommen eines Geschlechts, das seit dem 15. bis ins 20. Jahrhundert hinein Frankreich etliche seiner hervorragendsten Staatsmänner und politischen Schriftsteller gegeben hat. Bertrand de Jouvenel, selber schon durch einige glänzende Beiträge zur neueren und neuesten politischen Geschichte bekannt, ist, der Familientradition getreu, in erster Linie Staatstheoretiker und betitelt sein Buch «Du Pouvoir», d. h. sinngemäss «über die Staatsmacht».

Das andere Buch** ist von einem deutschen Schriftsteller, Erich Fromm, der als Flüchtling anscheinend an einer nordamerikanischen Universität ein Lehramt gefunden hat. Er ist von Haus aus Psychoanalytiker und tritt von der psychologischen Seite an das Problem heran, was schon der Titel, «Die Furcht vor der Freiheit», zum Ausdruck bringt.

* Bertrand de Jouvenel. *Du Pouvoir*. (Histoire naturelle de sa croissance.) Edition du Cheval Ailé. Genève, 1945.

** Erich Fromm. *Die Furcht vor der Freiheit*. Steinberg-Verlag, Zürich, 1945. Merkwürdigerweise enthalten weder das Buch noch der Prospekt einen Hinweis darauf, in welcher Beziehung es steht zu dem englischen Buch, das den gleichen Verfassernamen und den gleichen Titel trägt (The Fear of Freedom). Ich habe dieses Buch schon 1944 gelesen; es präsentierte sich als Urtext

Auch die Art der beiden Verfasser ist so verschieden wie nur möglich. Der klassisch gemessene, kristallklare Stil Jouvenels verrät eine Souveränität, wie sie nur die kühle Betrachtung der Jahrhunderte aus der gesammelten und geklärten Erfahrung von Jahrhunderten verschaffen kann. Er analysiert seinen Gegenstand mit der Ruhe eines Klinikers, und nur hier und da mahnt eine fein nuancierte Wendung an das etwas wehmütige Lächeln einer enttäuschten Liebe oder einer verlorenen Illusion. Bei Fromm dagegen äussert sich das leidenschaftliche Ressentiment des Flüchtlings in der Unausgeglichenheit des Aufbaues und der Nervosität des manchmal etwas saloppen Stils. Hier herrscht das Subjektive vor, und in unruhigem, unregelmässigem Rhythmus wechseln glänzende Einfälle, lederne Begriffsklaubereien und polemische Ausbrüche ab. Der Gesamtausdruck des Jouvenelschen Buches ist der eines schön abgerundeten Ganzen, während Fromm uns einen Torso bietet.

Indessen je grösser die Verschiedenheit der Ausgangspunkte beider Autoren, desto gewichtiger die Uebereinstimmung der Hauptresultate. Schauen wir also näher zu, worin sie besteht und wo ihre Grenzen liegen.

II. Totaler Krieg und totaler Staat.

In seiner Vorrede verrät uns Jouvenel, wieso er dazu gekommen ist, die Entwicklung des Staates im Sinne eines wachsenden Totalitarismus zu erforschen. Den Ausgangspunkt dazu bot ihm der Krieg. Hier tritt die fortschreitende Tendenz zur Totalität gewiss klar genug zutage. Vom feudalen Rittergefolge des Mittelalters, über die Söldnerheere des Absolutismus und die Massenheere der Napoleonischen Epoche bis zur « totalen » Kriegführung der neuesten Zeit, die alles mobilmacht und alles in Mitleidenenschaft zieht, führt eine durchgehende, unaufhaltsame Entwicklung. Ihr Sinn ist so eindeutig, dass niemand sich dieser Einsicht verschliessen kann.

Nicht so verbreitet aber ist die Erkenntnis, dass jeder Etappe dieser Entwicklung eine neue Wachstumsstufe des inneren Machtbereichs der Staaten entspricht.

Der Weg zum totalitären Staat läuft parallel mit dem zum

und der Eindruck, dass es tatsächlich englisch geschrieben worden ist, wird noch verstärkt durch einige stilistische Eigentümlichkeiten, die einen deutschsprachigen Autor vermuten lassen. Nun aber erscheint das gleiche Buch in deutscher Sprache, ohne dass eine Uebersetzung erwähnt oder ein Uebersetzer genannt wird. Der Verlag scheint deshalb einen ernsten Vorwurf zu verdienen. Denn entweder handelt es sich um eine Uebersetzung aus dem Englischen und das hätte dann auf keinen Fall verschwiegen bleiben sollen oder aber der Verfasser hat dieses Buch deutsch (oder auch deutsch, also zweimal) geschrieben und dann hätte zum mindesten ein Hinweis auf den bereits früher vorliegenden englischen Text in Vorwort und Prospekt hineingehört.

totalitären Krieg, und beide Entwicklungen bedingen sich gegenseitig: Die Staaten können immer nur soviel von ihrer Substanz in den Krieg hineinwerfen, wie sie aus ihren Völkern herauspressen können; erweiterte Staatsmacht führt ihrerseits zu «erweiterten» Kriegsmethoden; der kriegerische Zusammenstoß von totalitären mit weniger straff gezügelten Staatsgebilden zwingt letztere dazu, sich die Methoden ihrer Gegner eigen zu machen, so dass auch die Niederlage der totalitären Partei die Ausbreitung des totalitären Systems keineswegs verhindert.

Genau so hat es Europa noch zu Napoleons Zeiten erlebt, als Frankreich zuletzt der Koalition der Mächte erlag, die von ihm und durch den Kampf mit ihm die «totaleren» Methoden gelernt hatten, wie sie die Entfeudalisierung des Staates, die Dienstpflicht und das Massenheer mit sich brachten. So bewirkte damals die Niederlage Napoleons die Konsolidierung der Errungenschaften der Französischen Revolution in ganz Europa. Ebenso, meint Jouvenel, muss man, um unsere eigene Zeit zu verstehen, trotz aller durch Krieg und Propaganda gesteigerten ideologischen Gegensätze aus etwas weiterer Perspektive die allgemeine Tendenz sehen, die sich überall — wenn auch in ungleichem Tempo und verschiedener Form — durchsetzt und aus den Jahrhunderten kommt.

Kriege und Revolutionen sieht Jouvenel stets nur als Episoden, deren Sinn gewöhnlich erst nachher begriffen werden kann, aus einer Gesamtschau heraus, die auch die zunächst weniger sichtbaren Endergebnisse ins Blickfeld hineinrücken lässt.

Wieso, fragt er, scheint man niemals gemerkt zu haben, dass jede Revolution, die unter dem Schrei «Freiheit» anfängt, stets auf eine drückendere Staatsmacht hinausläuft? Er meint, es liege zum Teil daran, dass man eine künstliche und jedem historischen Denken abholde Trennung zwischen den Leistungen einer Revolution und ihren sogenannten Exzessen und Abweichungen konstruiert. «Dann jammert man: die Revolution ist aus ihren natürlichen Ufern getreten, die antisozialen Exzesse der Freiheit haben eine notwendige Gewalt herbeigerufen, um sie wieder zu disziplinieren, sie haben zu viel Trümmer geschaffen, als dass man ohne einen neuen Baumeister ausgekommen wäre... Der Verstand bemüht sich dann, den genauen Augenblick der Ausschweifung zu entdecken, die verhängnisvolle Einzeltat herauszufinden, den verantwortlichen Täter zu nennen. — Welch ein Verkennen der tieferen Natur der revolutionären Erscheinung! Nein, die Cromwells oder Stalins sind keine zufälligen Konsequenzen, keine während des sozialen Sturmes vorgekommenen Unfälle. Sie sind vielmehr das schicksalhafte Ende, wozu der Umsturz notwendigerweise

führen musste. Der Zyklus hat sich geöffnet durch die Erschütterung einer unzureichenden Macht, um sich zu schliessen mit der Verstärkung einer absoluteren Macht.»

Diese Auffassung sucht Jouvenel noch zu verstärken mit dem Hinweis, dass man keine einzige Revolution anführen könne, die eine starke Tyrannei zum Sturz gebracht hätte. Die Franzosen hätten nicht den despotischen Ludwig XIV., sondern den schwächlichen Ludwig XVI. gestürzt, die Russen nicht Peter den Grossen, sondern den gutmütigen Niklaus II., die Engländer nicht den Gewaltmenschen Heinrich VIII., sondern den grillenhaften Karl I. «Diese Könige starben nicht an ihrer Tyrannei, sondern an ihrer Schwäche; die Völker errichteten das Schafott nicht als moralische Strafe des Despotismus, sondern als biologische Sanktion der Ohnmacht.» Auch darum tritt am Ende immer eine stärkere Macht hervor.

Was Jouvenel über den Ursprung und die historische Entwicklung des Staates berichtet, gehört zu dem Besten, was jemals über dieses Thema geschrieben worden ist. Es gibt uns eine klare, vollständige, sorgfältig abgewogene Darstellung des heutigen Standes der Forschung auf diesem Gebiet, wobei auch das sozialpsychologische Material über die primitiven Völker gebührend beachtet wird.

Die Kenntnis der jüngsten Fachliteratur ist hier besonders wichtig, weil sich seit einem Jahrhundert in dieser Wissenschaft eine wahre Revolution vollzogen hat. Ein Abgrund trennt den heutigen Stand unseres Wissens um die Ursprünge der Gesellschaft und der Kultur von dem Zeitalter, wo Lewis H. Morgan (1818 bis 1881) seine «Urgesellschaft» schrieb. Noch um die Jahrhundertwende galt dessen Theorie von der patriarchalischen und kommunistischen Sippe als der allgemeinen sozialen Urform, der sich Friedrich Engels in seinem vielgelesenen «Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates» anschloss, wie ein Evangelium. Heute sind diese Anschauungen so veraltet wie die Postkutsche oder die Petroleumlampe; und zwar handelt es sich hierbei weniger um den Modewandel der allgemeinen Anschauungen als um die positiven Ergebnisse von inzwischen unternommenen Forschungen. Die wichtigsten Erkenntnisse, wozu Jouvenel dabei gelangt, können durch folgende Sätze angedeutet werden:

«Der Staat ohne Eigenwillen, als blosser Ausdruck des allgemeinen Willens, ist eine Fiktion.»

«Die Staatsgewalt ist eine Befehlsgewalt.»

«Wie brutal auch eine Befehlsgewalt eine andere ablöst, sie sind alle ewige Erben ihrer Vorgängerinnen.»

«Die Ausdehnung der Staatsmacht hat die Ausdehnung der Kriege verursacht.»

III. Demokratie und Totalitarismus.

Die Tendenz zur gleichzeitig wachsenden Totalität des Staates und des Krieges weist Jouvanel an der fast tausendjährigen Geschichte unserer abendländischen Zivilisation seit dem Mittelalter nach. Er denkt dabei natürlich in erster Linie an sein französisches Vaterland.

Es soll ihm daraus kein Vorwurf gemacht werden. Die Linienführung gewinnt dadurch nur an Klarheit, denn in keinem andern Land hat sich die von Jouvanel geschilderte Entwicklung so frühzeitig und eindeutig durchgesetzt wie in Frankreich. Hat doch hier sowohl die Phase der monarchischen Zentralisation wie die der bürgerlich-revolutionären Demokratie, welche diese Zentralisation vollendete, am frühesten eingesetzt und für den Rest Europas vorbildlich gewirkt.

Darüber geben die vielen Hinweise Aufschluss, die Jouvanel vergleichshalber auf die Entwicklung in andern Ländern, wie England, Deutschland, Spanien, Italien, den Vereinigten Staaten von Amerika usw., macht. Es treten dabei wohl mehr Tempo-, Grad- und Form- als Wesensunterschiede zutage. Ja, aus den Vergleichen mit andern und älteren Kulturkreisen, wie etwa Aegypten, Griechenland und Rom, scheint hervorzugehen, dass auch hier die gleichen Tendenzen am Werk gewesen sind und zu ähnlichen Verläufen geführt haben.

Jouvanel denkt auch darin viel « moderner » und « kosmopolitischer » als die allermeisten Franzosen, dass er statt an den endlosen geradlinigen « Fortschritt » der liberalen Ära an die geschlossenen Kulturkreise der Spenglerschen Geschichtsphilosophie glaubt. Die Geschichte ist zwar für ihn keine blosse « ewige Wiederholung », sondern eine Reihe voneinander ablösenden zyklischen Verläufen, die sich insofern ähnlich sehen, als in ihnen die sich stets gleichbleibende oder doch nur sehr langsam veränderliche menschliche Natur zum Ausdruck kommt. So ungefähr hatte es sich schon Plato vorgestellt, als er den ewigen psychologischen Pendelschlag beschrieb, wodurch aus dem Uebermass der Tyrannei immer wieder eine neue Freiheit und aus den Exzessen der Freiheit stets wieder eine neue Tyrannei entsteht.

Insofern sind für Jouvanel Demokratie und Totalitarismus weniger Gegensätze — so sehr sie sich im Kampf der Ideologien als solche fühlen und gebärden mögen — als aufeinanderfolgende Phasen einer durchgehenden Entwicklung. Diese Entwicklung ist für ihn durch eine psychologische Gesetzmässigkeit bestimmt, die in einer bisher ununterbrochenen Reihe von historischen Analogien ihren Ausdruck findet. Er teilt ferner darin den Glauben Spenglers, dass auch die heutige Demokratie, gerade in dem Mass, in dem sie sozial wird, die Keimzelle eines plebiszitären Cäsarismus, dessen Führer sich direkt auf die Massen stützen, in sich trägt.

Jouvenel teilt die Meinung der meisten jüngeren Soziologen, die in der modernen Demokratie weniger eine ideale Verwirklichung der Regierung von allen durch alle als eine besondere Methode der Auslese der Führerschaft und der gewählten oder beamteten «Statokratie» (im Gegensatz zur erblichen Aristokratie) sehen. In Frankreich und den andern Grossstaaten wenigstens (wir werden gleich sehen, dass er die Schweiz in eine besondere Kategorie einreicht) ist die scheinbare «Volksherrschaft» in der Wirklichkeit nur eine vom Volk angenommene oder erduldetete «Herrschaft über das Volk, die mit dem Volk lediglich durch die lose Nabelschnur der Parlamentswahlen verbunden ist».

Von den klassischen Ideologien des bürgerlich-demokratischen Zeitalters, wie sie z. B. die grosse Französische Revolution hervorgebracht hat, meint er, dass sie unbewusst und ungewollt, aber desto wirksamer, das Wachstum des totalitären Staates begünstigt hätten. Denn «die demokratische Fiktion verleiht den Regierenden die Autorität des Ganzen», d. h. des souveränen Volkes. Diese «Uebertragung der Macht hat jedes Misstrauen gegen die Macht entwaffnet und damit die Aera der Tyrannei vorbereitet». Die «Macht», sagt Jouvenel, ist eine kleine «Gesellschaft», die die grosse «Gesellschaft» beherrscht. Diese Unterordnung beruht, historisch-psychologisch, auf der Gewohnheit, jeder mit Prestige ausgestatteten Autorität zu gehorchen. Jahrtausende dieser ursprünglich magischen Subordination sind unserer, im Vergleich damit kaum den Kinderschuhen entwachsenen, modernen Demokratie vorangegangen. Dabei haben sich verstandesmässige Form und ideologische Fiktion mehr verändert als der ewige, gefühlsmässige Inhalt. Am Ende ist der Staat eine Art in die Gesellschaft eingemisteter Fremdkörper geblieben; ja, er wird es auch heute noch mehr und mehr, in dem Masse, wie die Fiktion der parlamentarischen Souveränität der Wirklichkeit des werdenden, neuen plebisitären Staatsabsolutismus das Feld überlassen muss.

Nach Jouvenel wohnt also die Tendenz zum staatlichen Totalitarismus der Demokratie selber inne.

In der Tat ist allbekannt, dass die französische Monarchie des *ancien régime* in ganz besonderem damals in ganz Europa noch unbekannten Masse den Machtbereich des Staates erweitert hat. Dagegen muss immer wieder daran erinnert werden, dass die bürgerlich-demokratische Revolution des 18. Jahrhunderts diesen Apparat keineswegs abgebaut, sondern erst recht weiteraufgebaut hat. Nicht nur die militärische Dienstpflicht, die allgemeine Steuerpflicht und die Schulpflicht sind dabei ausschlaggebend gewesen; vielleicht noch wichtiger war der neue psychologische Tatbestand, der aus der Einführung des all-

gemeinen Wahlrechts, des Parteisystems und der Massenpropaganda durch die verbilligte Drucksache hervorging. Denn hierdurch wurde der Glaube verbreitet, dass der Staat nunmehr zur Sache aller geworden sei und damit ohne Gefahr für die Freiheit seine Macht weiter ausdehnen könne.

Dieser Glaube aber beruht für Jouvenel — und er mag darin, zum mindesten was Frankreich betrifft, recht haben — auf einer Selbsttäuschung.

IV. Die Schweiz als Sonderfall.

Die ganze Theorie Jouvenels über das Werden der modernen Staatsmacht fusst fast ausschliesslich auf der Geschichte Frankreichs, mit einigen griechischen und römischen Vorbildern zur Illustration. Das wird einem besonders klar, wenn man z. B. seine Ausführungen über die entscheidende Rolle der Monarchie bei der Bildung der Nation oder über den Uebergang vom Revolutionsterror zum Cäsarismus liest. Bei näherem Zusehen findet man übrigens, dass die Geschichtsdeutung Jouvenels, sofern sie unsere abendländische Zivilisation betrifft, auch für die übrigen europäischen Staaten passt, wenn auch hier und da mit abweichenden Nuancierungen. Das ermöglicht ihm, aus der Geschichte Englands, Italiens, Deutschlands usw. Beispiele heranzuziehen. Es gibt nur einen europäischen Staat, der eine Ausnahme macht. Das ist die Schweiz.

Man kann allerdings nicht sagen, dass die Entstehungsgeschichte der Eidgenossenschaft den Theorien Jouvenels widerspräche. Es ist für den « Schweizer Fall » in seiner allgemeinen Lehre wohl ein Platz. In seinem Kapitel über das Wesen der Souveränität lässt Jouvenel ausdrücklich gelten, dass neben der Unterwerfung (*soumission*) auch die Vereinigung (*association*) der psychologische Kitt der Staatenbildung sein kann; er bemerkt dabei nur, dass dieser seltene Fall, der Natur der Sache gemäss, nur bei kleineren Staaten vorkommt. In ähnlicher Weise hatten bereits J.-J. Rousseau und Montesquieu die Meinung vertreten, dass die Demokratie nur in ganz kleinen Staatsverbänden die beste Staatsform sein könne.

An einem andern Orte führt Jouvenel als Beweis dafür, dass die französische Demokratie nur dem Schein nach den Volkswillen vertrete, die Tatsache an, dass sie die direkte Befragung des Volkes durch das Referendum ablehne, die in der Schweiz erprobt worden sei.

Obwohl Jouvenel dem Fall der Schweiz kein besonderes Kapitel widmet, ist also klar, dass er in seinen Augen, im Hinblick auf das moderne Europa, als Ausnahme von der Regel angesprochen werden muss. Aehnliche Sonderfälle gibt es nur in der ausser-europäischen, ursprünglich kolonialen Welt. Das bedeutendste Beispiel stellen die Vereinigten Staaten Amerikas dar. Es ist denn auch

kein Zufall, dass es in dem « Geist » der Verfassung und der Institutionen mehr Aehnlichkeit zwischen der Schweiz und den so fern USA gibt, als etwa zwischen der Schweiz und dem benachbarten Frankreich.

Diese Feststellungen eröffnen dem Schweizer Leser ungewöhnlich interessante Aussichten. Sie können ihm helfen, die allgemeine Entwicklung des europäischen Staatenwesens aus einem Gesichtswinkel zu sehen, der aus der Begrenztheit der eigenen nationalen Erfahrung herausragt. Damit ist dann eine gefährliche Fehlerquelle ausgeschaltet; denn es kann manches Fehltrail daraus entstehen, dass man beispielsweise dem Wort Demokratie dieselbe Bedeutung beimisst, wenn es sich um eine Schweizer Landsgemeinde oder den Schweizer Bundesrat, wie wenn es sich um das englische Parlament oder die Regierung Costa Ricas handelt.

Neben der Gefahr der Fehltrail (und als ihre Folge) gibt es aber auch die der möglichen Fehltrailungen. Es ist auch praktisch von entscheidender Wichtigkeit, dass die Sonderstellung der Schweiz als « assoziativer » Staat in einem aus Monarchien oder Ex-Monarchien bestehenden Europa erkannt wird. Die Feststellung und Behauptung dieser Sonderstellung braucht freilich an sich noch nicht als Anspruch auf Ueberlegenheit anerkannt zu werden. Man könnte sich sogar denken, dass sie von aussen her als archaische Anomalie, als « Schrulle », als « Naturschutzpark », als « Versteinerung » gewertet werden könnte. Allerdings könnte der Schweizer solch abfällige Werturteile besonders leicht zurückweisen, sofern sie von Menschen geäussert würden, die sich zu den Grundsätzen der Demokratie bekennen; denn es lässt sich dann unschwer nachweisen, dass die Schweizer Demokratie, ob nun durch geographisch-historische Besonderheiten und die Kleinheit des Landes begünstigt oder nicht, immerhin der Verwirklichung dieser Grundsätze näher kommt. Jouvenel gibt das ausdrücklich zu.

Jedoch es handelt sich hier zunächst nicht um den Konflikt zwischen Werturteilen, sondern um die Feststellung von Tatsachen. Da ist es wichtig, einzusehen, dass die Schweizer Demokratie sich in einem sehr wesentlichen Punkt von allen übrigen europäischen Staaten unterscheidet; nämlich darin, dass sie keine monarchische Vergangenheit kennt und aus einer « Assoziation » entstanden ist, die sich kennzeichnenderweise eine Eidgenossenschaft nennt. Die grundsätzliche Bedeutung dieser Feststellung ist sehr gross, denn sie lehrt uns, die Entwicklung der Demokratie draussen nicht durch die Brille der Schweizer Begriffe zu sehen. Ihre praktische Tragweite aber ist wiederum nicht weniger gross. Um davon nur andeutungsweise einen Begriff zu geben, dürfte es genügen, auf den Parallelismus hinzuweisen, der zwischen der politischen Sonderstellung der Schweiz in Europa und ihrem traditionellen Anspruch auf Sonderbehandlung als ewig neutraler Staat besteht. Dieser flüchtige

Hinweis genügt, um zu zeigen, wie eng auch hier die praktisch-aktuelle Schlussfolgerung mit der wissenschaftlich-objektiven Erkenntnis der geschichtlichen Tatsachen zusammenhängt.

Der engen Beziehung zufolge, die Jouvenel zwischen Staat und Heeresgewalt sieht, entspricht auch sein Satz, dass « der Krieg eine wesentliche Funktion der Staaten ist ». Dieser Satz gilt unbestreitbar in vielen Fällen. Dass er aber gerade für die Schweiz nicht gelten kann, beleuchtet um so schärfer die Sonderstellung der Eidgenossenschaft unter den europäischen Völkern.

V. E i n s c h w i e r i g e s , a b e r n i c h t u n l ö s b a r e s P r o b l e m .

Dass Jouvenels Theorien zu pessimistischen Schlussfolgerungen führen müssen, wenigstens in den Augen aller, die bisher an den gemeinsamen Fortschritt von Demokratie und Freiheit geglaubt haben, liegt auf der Hand. Er lässt selber oft genug, wenn auch mit gewollter Zurückhaltung, durchblicken, dass ihm die von ihm selbst eröffneten Aussichten keineswegs Freude bereiten. Das hält ihn freilich nicht davon ab, zu betonen, dass er sich damit begnügen will, eine « wertfreie » Diagnose zu stellen, d. h. die Dinge so zu beschreiben, wie sie sind, nicht so, wie er möchte, dass sie seien.

Im übrigen unterstreicht er selber zu wiederholten Malen, dass er über die Erkenntnis der heute zutage tretenden Tendenzen zum totalitären Staat hinaus das Problem nicht weiter verfolgen will. Das Weitere überlässt er den Soziologen, denn jenseits dieser Grenze handelt es sich — das sagt Jouvenel deutlich genug — um ein soziales Problem: Wieviel Macht wird notwendig sein, um die kommende — und notwendige — soziale Umgestaltung zu vollziehen?

Hier wäre also für ein bewusstes Eingreifen des menschlichen Willens und also für einen gewissen Optimismus noch Platz. Und es freut uns als Sozialisten festzustellen, dass Jouvenel nur in dieser Richtung eine mögliche Hoffnung auf einen Ausweg, oder richtiger auf einen neuen Fortschritt, erblickt. Denn ein Zurück kann es für ihn auf keinen Fall geben: am allerwenigsten ein Zurück zum Liberalismus der bürgerlichen Epoche, von dem er mit Recht sagt, dass sein zügelloser Individualismus und seine ungehemmte Ausbeutung der sozial schwächeren Volksschichten die totalitäre Reaktion geradezu hervorgerufen haben. Jouvenels Wunsch ist offenbar, dass die Sache dieser Schichten mehr und mehr von nichtstaatlichen Verbänden und unpolitischen Interessenvertretungen übernommen werden könnte, deren Wirken sich ausserhalb der staatspolitischen Sphäre vollzöge. Hiermit aber ist

die Frage der « sozialen Mächte » aufgeworfen, wovon die Rede sein soll.

Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang Jouvenels Auseinandersetzung mit dem Marxschen Satz, wonach der Staat nur ein Verwaltungsausschuss für die Interessen der besitzenden Klassen ist. Das stimmt nur für gewisse, verhältnismässig seltene Epochen, die — wie das mittlere 19. Jahrhundert — eine schnell sozial emporgestiegene neue besitzende Schicht einer schwachen und unsicheren Staatsgewalt gegenüberstellen. Zu allen übrigen Zeiten, meint Jouvenel, neigt der Staat vielmehr dazu, zugleich mit der Ausdehnung seiner Macht die Verminderung der sozialen Ungleichheit zu erstreben. Es wohnt ihm eben normalerweise eine nivellierende Tendenz inne, weil der Staat dem ihm eigenen Machtstreben gemäss der natürliche Widersacher aller aristokratischen Sondermächte und der ebenso natürliche Verbündete der atomisierenden Vermassung ist; am bequemsten ist ihm, wenn alle ihm gegenüber möglichst gleich sind. « Der Staat findet bei den Plebejern die Diener, die ihn stärken, die Plebejer finden beim Staat den Herrn, der sie erhebt. »

Aus dieser Einstellung heraus wird man verstehen, dass Jouvenel auch künftig von den weiteren Fortschritten des Sozialismus eine weitere Stärkung des Staates erwartet. Um zu dauern, sagt er, muss der Staat sich « vergesellschaften ». Das wirkt sich freilich auch im Sinne einer gesteigerten Kriegsgefahr aus. Denn « je enger die Staaten mit ihren Völkern verbunden erscheinen, um so mehr erhalten sie von ihnen, wie es schon die erstaunliche Mobilmachung der Kräfte im revolutionären und kaiserlichen Frankreich bewiesen hatte... ». So haben « die gleichen Erscheinungen, die eine Aera des ewigen Friedens zu versprechen schienen, den Mächten ungeheure materielle und psychologische Mittel verschafft für Kriege, die alles bis daher Erlebte an Intensität und Ausdehnung übertroffen haben ». Ja, « jeder Fortschritt der Staatsgewalt, ob er nun im Hinblick auf den Krieg erfolgt sei oder nicht, verleiht dieser Gewalt einen Vorteil im Kriege ». Also ist « die Staatsmacht mit dem Krieg verbunden, und wenn eine Gesellschaft die Verwüstungen des Krieges vermeiden will, gibt es kein anderes Mittel, als den Machtbereich des Staates einzuzäunen ».

Wieso letzteres verwirklicht werden könnte, darauf gibt uns Jouvenel nur andeutungsweise einige Hinweise, eben weil er nur Diagnose stellen, keine Behandlung vorschreiben will. Dennoch führt er uns bis an die Schwelle der Schlussfolgerung: Um die « Macht des Staates einzuzäunen », gibt es grundsätzlich zwei Mittel. Das eine davon ist, einen Teil der Aufgaben der Staaten (besonders auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet) besonders dazu geschaffenen, vom politischen Getriebe unabhängigen Körper-

schaften zu übertragen. Das andere Mittel ist, einen überstaatlichen Ueberbau zu schaffen, der die Souveränität des Staates in völkerrechtlicher, aussenpolitischer und militärischer Hinsicht einem höheren Recht und einer höheren Autorität unterordnet.

Nur auf den ersten dieser beiden Problemkreise, der die Gewerkschaftsbewegung als solche direkt berührt, soll hier vorderhand eingegangen werden.

VI. Soziale Freiheiten, soziale Mächte, Gewerkschaften.

Der Sozialist und der Gewerkschafter werden eben doch der These Jouvénels über den Untergang der Freiheit als Endstadium der Demokratie einige wichtige Korrekturen und Ergänzungen beizufügen haben.

Gewiss, die Verlustposten der Freiheit auf politischem Gebiet hat er richtig erkannt und eingeschätzt; sie sind unleugbar. Ebenso gewiss hat er recht, wenn er in dem Bestreben der sogenannten Unterschichten, insbesondere der Arbeiterschaft, mehr soziale Gleichheit und Sicherheit zu erobern, einen der Hauptantriebe der Entwicklung zum Staatstotalitarismus seit einigen Generationen erblickt.

Aber steht denn diesem politischen Verlustposten, sogar vom besonderen Gesichtspunkt der Freiheit aus betrachtet, keinerlei Gewinnposten gegenüber? Ist die Einschränkung der politischen Freiheit nicht kompensiert durch eine Erweiterung der sozialen Freiheit? Und findet die Senkung der Kulturstufe einer Elite durch die Vermassung nicht ihr Gegenstück in der Hebung der Kulturstufe der Masse, für die sogar die verspiesserte Zivilisation immerhin einen Fortschritt gegenüber dem vegetativen Dasein von ehemals bedeutet?

Wohlgemerkt, Jouvénel denkt nicht daran, diese Fragen zu verneinen, ja er weist selber an mehreren Stellen darauf hin, dass man berechtigt wäre, sie zu stellen. Jedoch sie liegen offenbar etwas zu sehr abseits von seinem Interessenbereich, als dass er versucht wäre, selber näher auf sie einzugehen.

Um es geradeheraus zu sagen: für die gesellschaftliche Elite, der Jouvénel angehört, wiegt der politische Verlustposten sicherlich weit schwerer als der soziale Gewinn. Was braucht der bürgerliche Intellektuelle, und erst recht der adelige Grandseigneur, denn schon noch an sozialer Freiheit? Er genießt sie sowieso von jeher, dieser durch seinen ererbten Besitz, jener kraft seiner Selbständig-

keit als geistiger Produzent, der nicht im Lohnverhältnis steht und sich keiner Betriebsdisziplin zu fügen hat. Er braucht den sozialen Schutz des Staates nicht: um so mehr ärgert es ihn, dass er immer mehr Steuern zahlen und überhaupt Formulare ausfüllen muss. Um so trostloser erscheint ihm auch, von einem weniger egoistischen Gesichtspunkt her, der Anblick der Menschenherde, die nicht einmal merkt, dass sie nur ihre früheren im ganzen wohlwollenderen Herren gegen neue, viel weniger väterlich-verantwortungsbewusste und viel weniger kultivierte «neue Reiche» ausgewechselt hat.

Der Arbeiter aber sieht die Sache begreiflicherweise mit andern Augen an. Sogar jener französische Arbeiter, der doch wahrhaftig auch schon Anlass genug gehabt hat, den Staat als unliebsamen Gebieter einschätzen zu lernen. Anderthalb Jahrhunderte allgemeine Wehrpflicht mit zwei Weltkriegen als Apotheose haben ihm jede Illusion über den Wert dieser Erbschaft der «grossen Revolution» genommen. Den Staat lernt er auch sonst oft genug in der Gestalt eines veralterten, überbürokratisierten, vielfach schmarotzenden und zumeist unzuverlässigen Beamtentums kennen. Dass er auch die parlamentarische «Volksherrschaft» der Advokaten und andern Schönredner mit einer gewissen Skepsis zu betrachten gelernt hat, dafür zeugt unter anderem der grosse ideologische Einfluss der syndikalistischen Gedankenströmungen während mehr als einem halben Jahrhundert. Dennoch, dennoch weiss dieser selbe französische Arbeiter sehr gut, dass das gleiche Zeitalter, das ihm so manche politische Enttäuschung brachte, ihm — dank zum grossen Teil der Republik, der Koalitionsfreiheit und dem Wahlrecht — auch die Verkürzung der Arbeitszeit, die Sozialversicherung, die Anerkennung der sozialen Menschenrechte als Betriebsangehöriger, den unentgeltlichen Unterricht für seine Kinder, die bezahlten Ferien und manches andere noch gebracht hat.

All dies aber bedeutet eine Erweiterung des Lebensraumes, innerhalb dessen er sein Leben eigenwillig (oder doch zum mindesten ohne einem Herrn gehorchen zu müssen) gestalten kann. Das aber ist Freiheit, ebenso konkrete Freiheit, wie sie der Adelige zu der Zeit genoss, als er noch steuerfrei, oder der Bourgeois, als er noch militärdienstfrei war.

Wer sich durch Sozialversicherung gegen Elend und Arbeitslosigkeit «gesichert» fühlt, ist freier, als wenn er von der Angst um den Verlust der Erwerbsgelegenheit geplagt wird. Wer drei Stunden weniger am Tage arbeiten muss und jährlich zwei Wochen bezahlte Ferien geniessen kann, hat

damit drei Stunden täglich und zwei Wochen jährlich mehr Freizeit, d. h. Freiheit. Diese soziale Freiheit ist nicht weniger konkret, nicht weniger real, nicht weniger wichtig als die andere.

Das ist nur ein flüchtiger Hinweis darauf, dass die Bilanzrechnung, zu der Jouvenel uns auffordert, diese Gewinnposten berücksichtigen sollte. Es kann sich natürlich nicht darum handeln, sie hier aufzustellen. Jedoch es wäre unverzeihlich, dieser Korrektur an der These Jouvenels nicht eine andere hinzuzufügen, die sich direkt aus dem soeben Gesagten ergibt.

Der andere Punkt nämlich, auf den von sozialistischer und gewerkschaftlicher Seite hingewiesen werden muss, ist die Wichtigkeit der «sozialen Mächte», von denen Jouvenel selber als mögliches und stellenweise auch bereits realisiertes Gegengewicht zur «Macht» schlechthin, also zur Staatsmacht, spricht.

Was Jouvenel nämlich mit *le pouvoir* meint, ist nicht genau das, was im Wörterbuch dafür steht, nämlich die Macht. Er beschränkt sich auf eine besondere Art, nämlich die politische. Sein Buch müsste demnach auch, ins Deutsche übersetzt, die Staatsgewalt heissen. Diese freiwillige Beschränkung ist eigentlich insofern schade, als eine Erörterung des Problems der Macht schlechthin (also aller Beziehungen, bei denen Menschen durch den Willen anderer beeinflusst werden) auch auf die allgemeinen psychologischen Grundlagen der politischen Machtverhältnisse vielleicht noch etwas mehr Licht geworfen hätte. Aber damit soll dem Autor kein Vorwurf gemacht werden; er hat uns auch so genug gegeben, und die Konzentration auf ein enger umschriebenes Thema hat gewiss ihre Vorteile. Ein grosser Nachteil wäre nur, wenn der Leser vergässe, dass es in der Gesellschaft noch andere Formen der Macht gibt als die Staatsgewalt. Jouvenel weist selbst wiederholt darauf hin, indem er von den *pouvoirs sociaux*, also den sozialen Mächten spricht. Hiermit berührt er das Hauptproblem, das jenseits des von ihm behandelten staatspolitischen Problems liegt.

Diese «sozialen Mächte» sieht Jouvenel zugleich als Mitarbeiterinnen und als Nebenbuhlerinnen der Staatsmacht; denn einerseits helfen sie, die soziale Ordnung zu stützen, andererseits stellen sie eigene Ansprüche auf Autorität. In unserem abendländischen Kulturkreis wiesen diese sozialen Mächte — neben den geistlichen — im Mittelalter die grösste Bedeutung auf; zu jener Zeit musste der Staat eben am meisten mit der Kirche, dem Feudaladel, den städtischen Republiken, den Zünften rechnen. Gegenwärtig lassen sich als Beispiel derartiger «sozialer Mächte» vor allem die Gewerkschaften anführen.

Dieser Hinweis soll hier genügen, um das Problem der sozialen Freiheiten mit dem der sozialen Mächte zu verknüpfen. Hier liegt viel Gedankengut für eine moderne Lehre der Gewerkschaftsbewegung.

VII. Psychoanalyse der Freiheit.

Wie Jouvenel von der Geschichte des Staates, also sozusagen von oben her, an das Problem der gefährdeten Freiheit herangetreten ist, hat Fromm es von unten, vom Standpunkt des menschlichen Objekts der Machtausübung angepackt.

Sein Buch ist um die Zentralidee gebaut, die schon der Titel andeutet: die Gefährdung der Freiheit, wie sie z. B. im Faschismus oder Nazismus (aber auch im Antifaschismus und in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt) ihren Ausdruck findet, wird letzten Endes dadurch verursacht, dass die Menschen seit dem Mittelalter durch zunehmende Befreiung von alten Bindungen und Hemmungen in die Vereinsamung getrieben worden sind; aus zu viel Freiheit ist dadurch der Drang zu neuer Unterordnung, zum Anschluss an autoritär geführte Massen entstanden.

Der Gedanke ist einfach, erscheint uns im ganzen richtig und kann ebenso fruchtbar gemacht werden wie der von Jouvenel verfolgte komplementäre Zeitgedanke von der wachsenden Macht des Staates. In einigen Punkten gelingt auch Fromm diese Fruchtbarmachung, in andern wieder nicht.

Als besonders gelungen sind u. a. die Ausführungen Fromms über Individualismus und Vereinsamung im Spätmittelalter und zur Zeit der Reformation zu bezeichnen. Religions-soziologisch reißen sich diese Teile an das Beste an, was vom deutschen Soziologen Max Weber sowie von Tawney, Troeltsch, Dilthey, Cassierer usw. über dieses Thema geschrieben worden ist.

Daneben finden sich leider Teile, die dem kritischen Leser weniger Freude bereiten. Das gilt besonders für die Kapitel, wo versucht wird, den an sich einfachen Tatbestand der psychologischen Ausgleichsuche mit Hilfe der Freudschen Ausdrucksweise in einer Sprache auszudrücken, die unnötig kompliziert und pedantisch anmutet. Gewiss mag dies für einen grossen Teil des Publikums gerade ein Anreiz sein, denn mancher findet es pikant, mit Hilfe von weithergeholten, tiefsinnigen und vagen Theorien über Sadomasochismus, Partialtrieb, Oedipuskomplex, Analfixierung usw. etwas halb verstehen zu können, was ein Jouvenel in gewöhnlicher Menschengsprache auf zwei Seiten klargemacht hätte. Da aber das Ganze leidlich dilettantisch bleibt und mehr Grübeln über theoretische Bücher als eigene Beobachtung und Forschung verrät, wird man den Eindruck nicht los, dass die Wissenschaftlichkeit hier mehr Sache der Einkleidung als des Inhalts ist.

Indessen scheint uns der Grundmangel des Buches in seinem chaotischen Charakter zu liegen, der es erscheinen lässt wie eine Reihe von mangelhaft zusammengefügt, oft gar nicht zusammengehörenden und an Wert sehr ungleichen Fragmenten. Am auffälligsten ist dabei der Mangel an Uebereinstimmung zwischen der Frage, von der das Buch ausgeht und der Antwort, zu der es gelangt.

Die Frage könnte ungefähr so formuliert werden: Wie kommt es, dass aus der seit dem Mittelalter fortschreitenden Vereinsamung des abendländischen Menschen die « Furcht vor der Freiheit » entstanden ist? Hiermit ist ein Problem gestellt, das offenbar seiner Natur nach eine Antwort herausfordert, die für den ganzen europäisch-amerikanischen Kulturkreis gültig wäre.

Statt dessen aber bekommen wir in der Hauptsache nur eine kritische Analyse der Ideologie des Faschismus und Nationalsozialismus zu lesen. Knapp zehn Seiten weisen daneben schüchtern darauf hin, dass es auch ausserhalb Deutschlands und Italiens noch andere Erscheinungen gibt, die zur Antwort auf die Ausgangsfrage gehören.

Nun lässt sich nicht bestreiten, dass der Zusammenhang zwischen Gesellschaftskrise, Vermassung und Flucht in den Autoritarismus in den politischen Ideologien, die diese beiden Länder während einiger Jahre beherrscht haben, besonders leicht nachzuweisen ist. Dieser Nachweis ist übrigens eine notwendige Aufgabe, und es soll Herrn Fromm nicht zum Vorwurf gemacht werden, dass er sie unternommen hat. Bedauern kann man dabei nur, dass er sich die Sache etwas zu leicht gemacht hat. Das herangezogene Beweismaterial ist spärlich gegenüber dem, was herangezogen werden könnte, und auch an sich fällt die Erklärung des Nazismus aus wirtschaftlichen Ursachen einseitig überspitzt und allzu schematisch aus.

Herr Fromm formuliert seine Schlussfolgerung so: « Auf ökonomische Wandlungen wie das Anwachsen des Monopolkapitals und die Nachkriegsinflation reagierte das Kleinbürgertum mit einer Intensivierung seiner sadistischen und masochistischen Charakterzüge; die Nazi-Ideologie reizte, stachelte und verstärkte diese Züge, die dann in der Folge wirksame Hilfskräfte bei der Ausbreitung des grossdeutschen Imperialismus wurden. » Jawohl, Wirtschaftskrise und Monopolismus sind wichtige und allzuoft unterschätzte Ursachen des Erfolges der totalitären Ideologien in Deutschland gewesen, aber sie können nicht die Erklärung für ihre Entstehung und ihren Wesensinhalt abgeben. Dabei wären noch zahlreiche andere ebenso wesentliche Tatbestände heranzuziehen, die nicht auf wirtschaftlichem Gebiet liegen, wie etwa der verlorene erste Weltkrieg, die weltpolitische Situation seither, die innere Krise und das Versagen der Sozialdemokratie und der Demokratie überhaupt usw. Der Faschismus hat ja auch in Italien

schon zu einer Zeit und unter Umständen gesiegt, wo weder der monopolistische Kapitalismus noch die Wirtschaftskrise zur Erklärung herangezogen werden konnten.

VIII. Nicht zwei Welten, nur eine gibt es.

Ein weniger dogmatisch angelegter Versuch, die Analyse des deutschen und italienischen Totalitarismus in das Schema einer eigens aufgestellten sozialpsychologischen Theorie hineinzuzwingen, hätte Fromm vermutlich zu der Einsicht geführt, dass die von ihm gestellte europäische Frage eine für ganz Europa — und auch für Russland und Amerika — gültige Antwort erforderte. Dann hätte er die Frage behandeln müssen, warum die deutsche und italienische « Antwort » anders lautete als etwa die englische, die russische oder gar die amerikanische. Daraus hätte sich die ergänzende Frage von selbst ergeben, worin denn nach Berücksichtigung der nationalen Unterschiede das Gemeinsame besteht — jener Generalnenner, den Jouvenel auf Grund einer objektiveren, « wertfreien » Betrachtung so überzeugend herausgefunden und dargestellt hat.

Dass Fromms Buch diese Objektivität und Voraussetzungslosigkeit nicht aufweist, ja aktuelle Themata mehr im Stil der politischen Polemik behandelt, ist ja aus subjektiven Gründen begreiflich genug; damit ist aber noch nicht zugegeben, dass dies dem Buch zugute kommt. Im Gegenteil: die gleiche leidenschaftliche Aufgeregtheit, die den besten Teilen des Buches ihre gedankliche Intensität und ihre Ueberzeugungskraft verleiht, erklärt die Schwäche der letzten Kapitel, die den grössten Teil der Antwort auf die richtig gestellte Frage schuldig bleiben.

Diese Antwort hätte eben nicht nur die hier oder dort ausgebauten politischen Ideologien zu berücksichtigen, sondern auch und vor allem die überall, im ganzen industriellen Kulturkreis, gestellten Probleme der industriellen Arbeitsgestaltung, der Vermassung der öffentlichen Meinung und der gesellschaftlichen Idealnomen, der Rückwirkung der kapitalistischen Ordnung auf die demokratischen Institutionen, der Propaganda usw., kurzum jener zahllosen Erscheinungsformen des modernen Leviathans, dessen universelle Wirklichkeit Jouvenel in unser Blickfeld gerückt hat. Diese Dinge werden aber im Frommschen Buch entweder gar nicht berührt, oder dann so dürftig und flüchtig behandelt, dass der Leser sich der hier klaffenden Lücke nur noch um so peinlicher bewusst wird.

Letzten Endes ergibt sich also aus dem Buche Fromms, im Gegensatz zu dem Jouvenels, ein nur teilweise richtiges Bild des Problems der gefährdeten Freiheit, wie es sich heutzutage in der Welt stellt.

Die Gewalt der durch einen fünfjährigen Krieg aufgepeitschten Massenleidenschaften hat unvermeidlich dazu geführt, dass in der öffentlichen Meinung das Bild der Wirklichkeit « von der Parteien Gunst und Hass verzerrt » wurde. Zu diesen Verzerrungen gehört die Vorstellung, als ob die Welt politisch seit mindestens einem Jahrzehnt in zwei Teile gespalten gewesen wäre, in denen die Dinge und die Ideen sich nach ganz verschiedenen Gesetzen und in ganz entgegengesetzten Richtungen entwickelten. Es gehört freilich schon eine mehr als durchschnittliche Portion menschlicher Weisheit und humaner Abgeklärtheit dazu, diese Illusion zu durchschauen, aus der grundsätzlichen Ueberzeugung heraus, dass die Unterschiede von Volk zu Volk nie ein derart extremes Mass erreichen können. Die menschliche Natur kann unmöglich von Land zu Land so grundverschieden sein, zumal auf einem Kontinent, der in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht durch seit Jahrhunderten parallel verlaufende Entwicklungstendenzen gestaltet worden ist.

Jedoch auch die Mängel des Frommschen Buches können nicht verhindern, dass sich aus beiden Büchern letzten Endes die gleiche aktuelle Gesamtschlussfolgerung ergibt, die Jouvenel in dem Satze ausgedrückt hat: « Wir dürfen leider Gottes nicht glauben, dass wir, indem wir Hitler und sein Regime zerschlagen, das Uebel an der Wurzel ausrotten. »

Den Sozialisten kann es nicht schaden, auch auf diese Art daran erinnert zu werden, dass auch dieser Krieg weniger Probleme lösen als Probleme stellen konnte, dass die eigentlichen Aufgaben des Kampfes um die politische und soziale Freiheit erst jenseits liegen, und dass es heute mehr als je nur eine, nicht zwei Welten gibt.
